

**Stellungnahme  
zum Entwurf der Haushaltssatzung 2021**

**Sigrid Heusel  
Fraktionsvorsitzende**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Arnold,  
sehr geehrte Herren EBM Baron und BM Mihm,  
sehr geehrter Herr Bantel,  
sehr geehrte Mitglieder der Verwaltung,  
sehr geehrte Vertreter der Presse,  
liebe Kollegen und Kolleginnen des Gemeinderates,  
sehr geehrte Herren und Damen,

im letzten März sprachen wir zur Einbringung des Haushalts davon, dass die 20er Jahre wohl auch in diesem Jahrhundert ein Jahrzehnt des Umbruchs und der Neuorientierung, werden würden.

Nur wenige Tage später kam das Corona-Virus in großer Zahl "über Ischgl" nach Gmünd und in den Ostalbkreis. Das Virus zeigt seither, wie verwundbar unsere hochentwickelte Industriegesellschaft ist. Die Corona-Pandemie legt Stärken und Schwächen schonungslos offen und die wirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Folgen können wir vorerst nur erahnen.

Seit März letzten Jahres erleben wir Beschränkungen der persönlichen Freiheit und Selbstbestimmung, wie es sich in unserer offenen und liberalen Gesellschaft sicher niemand vorstellen konnte. Übergeordnete Ziele der Gemeinschaft hatten plötzlich Vorrang vor individuellen Bedürfnissen - sowohl im wirtschaftlichen Sinn als auch im ganz persönlichen Bereich.

Die Jungen mussten Verantwortung für die Älteren übernehmen und waren dazu bereit. Die Gesunden boten den Erkrankten Hilfestellung an. Die Gemeinschaft musste wirtschaftliche Folgen für die Unternehmen und für Arbeitnehmer\*innen abmildern.

Dass wir bei allen schmerzhaften Erfahrungen und dem Verlust von geliebten Menschen trotzdem feststellen können, die Krise bisher einigermaßen gut bewältigt zu haben, ist ein hoffnungsvolles Zeichen für die Zukunft und kann eine Chance beinhalten. Nicht Egoismus und Eigennutz sind die Grundfeste einer liberalen, demokratischen Gesellschaft sondern Gemeinsinn und solidarisches Miteinander.

Ich glaube, dass uns diese Erkenntnis durchaus Mut geben kann, die nun anstehenden Aufgaben zu anzugehen.

Auch wenn die Infektionszahlen noch niedriger sein könnten, benötigen wir **jetzt** eine belastbare "Öffnungsstrategie" - das können wir nach einem Jahr Corona-Erfahrung wohl zu Recht erwarten.

Grundlage für die "Wiedereröffnung" von Schulen, Kitas, Handel, Gastronomie, kulturellen Einrichtungen, die Aktivierung von Sport- und Musikvereine und für ein unbelastetes Miteinander sind **Impfungen, Testungen** und die eingeübten **Hygienemaßnahmen** - dazu gibt es keine Alternative, denn die Gesundheit aller hat Vorrang!

Ich hoffe, dass der Krisenstab um Kanzlerin und Ministerpräsident\*innen das heutige Zusammenkommen nutzen wird, um die Weichen für uns alle und vor allem auch für Kinder und Jugendliche zukunftsweisend auszurichten.

Von den in Baden-Württemberg zuständigen Ministern Eisenmann und Lucha sowie dem Ministerpräsidenten erwarten wir, dass sie endlich gut durchdachte und mit den Beteiligten abgesprochene Maßnahmenpakete schnüren, die eine sichere Öffnung von Schulen, Handel, Gastronomie und Dienstleistern ermöglichen.

Inzwischen gibt es auch Selbsttests, die allen Bürger\*innen zum Kauf in Apotheken zur Verfügung stehen sollten. Terminierung und Ablauf von Impfungen muss endlich professioneller geregelt werden. Wir haben ein gut organisiertes Gesundheitswesen, dass sollte mit eingebunden werden.

Beim DRK möchte ich mich im Namen der SPD-Fraktion dafür bedanken, dass uns allen heute die Möglichkeit geboten wurde, einen Corona-Schnelltest zu machen. Dieses Engagement trägt zu sicherem Miteinander bei. Herzlichen Dank.

### **Wirtschaftsstandort Schwäbisch Gmünd**

Meine sehr verehrten Herren und Damen, da der Gmünder Wirtschaftsstandort von der Automobileindustrie geprägt ist, wir also eine stark monostrukturelle Unternehmenslandschaft haben, sind die aktuellen Verwerfungen in der Automobilwirtschaft für die Region unübersehbar.

Der im vergangenen Jahr durch die Pandemie verursachte Einbruch in der Autobranche ist beispiellos. Ein massiver Einbruch der Autonachfrage führte in der Europäischen Union zu rund 27% weniger verkaufter Fahrzeuge. Allein in Deutschland sanken die Verkäufe um rund 23%. Und im Lichte dieser Verluste wird oftmals nicht mehr gesehen, dass sich die Autoindustrie, zumindest in Deutschland, schon vor Corona im Rückwärtsgang befand.

Ohne jetzt auf einzelne Unternehmen einzugehen, möchte ich hier nochmals darauf hinweisen, dass viele Arbeitsplätze in den letzten Jahren verloren gingen bzw. zur Disposition standen und in den Firmen die Betriebsräte mit den Unternehmensführungen sich um Lösungen für den Erhalt der Arbeitsplätze bemühten und aktuell wieder in weiteren Unternehmen verhandeln.

Der regionale Wirtschaftsstandort hat ein großes strukturelles Problem!

Um diese strukturellen Herausforderungen am Wirtschaftsstandort Schwäbisch Gmünd erfolgreich meistern zu können, benötigen wir neben einer Diversifikation - einer guten Ansiedlungsstrategie - auch entsprechende Qualifizierungs- und Weiterbildungsinitiativen für die Beschäftigten. Denn neben einer nachhaltigen Energieversorgung, einer guten digitalen und verkehrstechnischen Infrastruktur werden gut qualifizierte Fachkräfte für die Ansiedlung von Unternehmen mit zukunftsweisenden Technologien und guten Arbeitsplätzen ausschlaggebend sein.

Die SPD-Fraktion erwartet deshalb eine entsprechende Fokussierung der Stadt Schwäbisch Gmünd in Kooperation mit der Agentur für Arbeit.

Um es nochmals zu betonen - Den Unternehmen mit ihren Beschäftigten müssen konkrete Modelle für Qualifizierungs- und Weiterbildungsaktivitäten angeboten werden, denn nur so können die Herausforderungen von morgen aktiv gestaltet werden.

Daher beantragt die SPD-Fraktion, dass in Kooperation mit der Agentur für Arbeit eine Qualifizierungs- und Weiterbildungsinitiative für den Wirtschaftsstandort aufgelegt wird und dass im Gmünder Gemeinderat ein regelmäßiger Austausch mit der Agentur für Arbeit stattfindet. Dieser Austausch sollte halbjährlich erfolgen.

Siehe Antrag 2.1!

Neben der bereits beschriebenen Problematik stellen Megatrends, wie eine weiter zunehmende Digitalisierung, die Unternehmen und auch die Beschäftigten vor enorme Veränderungen. Um den Erhalt und Ausbau von Beschäftigung am Standort Schwäbisch Gmünd weiterhin im Fokus zu behalten, benötigen wir eine sofortige Wiederaufnahme der Arbeit im Transformationsrat.

Herr Oberbürgermeister, auch während der Pandemie können wir Wege finden, diesen wichtigen Informationsaustausch im Transformationsrat "Corona-konform" durchzuführen. Bitte setzen Sie baldmöglichst - noch im Frühjahr - einen Termin an.

Der weitere Breitbandausbau und damit eine moderne Infrastruktur ist grundlegend für einen attraktiven Wirtschaftsstandort - auch für eine moderne Kommunikationsstruktur - das haben uns die Erfahrungen des vergangenen Jahres eindrücklich vor Augen geführt.

Herr Oberbürgermeister, der Glasfaserausbau zur Beseitigung der "weißen Flecken" im Stadtgebiet bis längstens 2025 sollte konsequent umgesetzt werden, denn die notwendige Leistungsfähigkeit der Netze entwickelt sich rasant und die jetzigen "schnellen" Netze werden schon in wenigen Jahren veraltet sein.

Für 2021 sind Investitionen von 0,5 Mio.€ vorgesehen und von 2022 bis 2024 sind jährlich jeweils 5,7 Mio.€ Investitionsvolumen etatisiert! Diese Investitionen müssen in vollem Umfang umgesetzt werden!

Meine Herren und Damen,  
mit überwältigender Mehrheit befürwortete der Gemeinderat im Dezember die Ansiedlung eines Wasserstoffkompetenzzentrums im Aspenfeld. Herr Oberbürgermeister, Herr Groll, dies ist genau der richtige Impuls, den wir als Stadt benötigen.

Und wenn es gelingt - Respekt!

Der Gemeinderat und die Bürgerinnen und Bürger stehen hinter Ihnen.

Lassen Sie uns nun aber auch noch einen weiteren richtigen Schritt gehen. Die Gespräche zur Ansiedlung von Amazon gehören beendet. Unser Oberbürgermeister hat diese Entscheidung bereits getroffen! Das ist eine gute Entscheidung!, denn Amazon ist nicht die Lösung, sondern Teil des Problems für Innenstädte und für langfristig gute und sichere Arbeitsplätze. Das sollten wir endlich erkennen - auch im Gemeinderat.

Für die SPD-Fraktion ist die Diskussion um Amazon damit erledigt!

Womit ich zum Thema **Innenstadt** komme.

Unsere Innenstadt ist nicht nur Handelsplatz, sondern auch Ort zum Zusammenkommen, Ort zum Wohnen, Ort für kulturelle Veranstaltungen, für Freizeit, Naherholung und vieles mehr. Zur Zeit sind die Innenstädte in ihrer allgemeinen Funktion sehr gefährdet. Deshalb sind wir als Kommune gefordert.

Die Problematik haben wir im fraktionsübergreifenden Antrag "Lebenswerte Altstadt" bereits aufgenommen und wollen die Aufenthaltsqualität, wie auch die Rahmenbedingungen für Wohnen, Handel, Mobilität und Leben in der Stadt verbessern.

Als erstes sollen die Schmiedgassen umgestaltet werden. Diese Umgestaltung muss nun zügig in eine Planungsphase eintreten. Die Konzepte sollten bis zum Herbst stehen.

Herr Oberbürgermeister,  
verehrte Gemeinderatskolleg\*innen

**Einzelhandel und Gastronomie, sind das Herz unserer Innenstadt.** Beide sind stark aufgestellt. Doch zunehmend zeigen sich Rhythmusstörungen, verursacht einerseits durch Folgen der Corona-Pandemie, aber auch durch Internethandel, hohe Mietkosten, wie auch durch gestiegene Ansprüche der Kundschaft, z.B. was die Verfügbarkeit von Waren anbelangt und ..... .

Nach Gesprächen mit Einzelhändlern und Gastronomen - zuletzt beim Innenstadtgipfel der letzten Woche - weiß die Stadt, wissen wir Gemeinderäte um die Existenzgefährdung der Akteure unserer Innenstadt. Der "Lockdown gehe langsam an die Substanz, nicht nur der kleinen Einzelhändler", wie einer der Teilnehmer betonte.

Doch welche Maßnahmen sind die richtigen?

Selbstverständlich sind die Unternehmen hier zu allererst selbst gefordert. Die Händler und Gastronomen müssen ihre Hausaufgaben machen, genau wie die Verwaltung.

Einen Mosaikstein - einheitliche Kernöffnungszeiten - mahnen SPD-Fraktion und andere bereits seit Jahren an. Da sollte nun endlich ein Knopf dran kommen.

Im letzten Jahr wurden jeweils eine "Kümmerein" für Handel und Gastronomie installiert. Das war eine gute Entscheidung. Es wurden zahlreiche Aktionen mit dem Ziel die Menschen in die Innenstadt zu holen auf den Weg gebracht.

Doch dann kam Corona ..... - die Auswirkungen sind bekannt.

Die Akteure der Innenstadt benötigen dringend Perspektiven für die Wiederbelebung und die Öffnung von Handel, Gastronomie, Museen, Stadtbibliothek und .....

Ende letzten Jahres, kam neben Vergünstigungen beim Parken, der GD-Chip wieder auf die Tagesordnung. Der GD-Chip, der in den letzten Jahren fast in Vergessenheit geraten ist, könnte ein gutes Marketinginstrument zur Minderung der Fahrtkosten in die Stadt sein. Schon immer konnte der GD-Chip sowohl in Parkhäusern als auch im Busverkehr als Zahlungsmittel eingesetzt werden. Anfangs mit 30 Cent und bis heute mit 50 Cent. Die SPD-Fraktion möchte die Wirkung des GD-Chips verbessern und beantragt daher, wie auch schon vom HGV vorgeschlagen, die Erhöhung des Werts auf einen Euro.

Wir stellen hierzu einen Antrag 1.1!

Des Weiteren wollen wir die vorgeschlagenen Maßnahmen des Handels, wie auch der Gastronomie konstruktiv begleiten. "Gmünd macht Outlet" ist eine super Idee, die Lust auf einen Bummel durch die Stadt macht.

Eine weitere Stellschraube ist die Online-Präsenz, ist die digitale "Sichtbarkeit" der Einzelhändler. Der HGV erstellt zur Zeit einen Online-Marktplatz "Hallo Ostalb", der dem stationären Handel, Gastronomen und Dienstleistern in der Region den Zutritt zur digitalen Welt erleichtern soll. Erstellen und Betreiben der Plattform sowie Werbemaßnahmen sind nicht zum Nulltarif erhältlich. Daher bitten wir die Verwaltung zu prüfen, wie die Finanzierung von rund 100.000 Euro gemeinsam mit den Städten Aalen und Ellwangen und anderen bewältigt werden kann. Eine gemeinsame kreisweite Lösung ist aus unserer Sicht anzustreben.

Selbstverständlich wissen wir, dass die digitale Welt noch viel mehr zu bieten hat und es vielfältige Wege der digitalen Vermarktung gibt.

Daher beantragt die SPD-Fraktion eine Information über Entwicklungen der digitalen Vernetzung auf kommunaler Ebene und über aktuelle Projekte der Verwaltung durch den Geschäftsführer der T&M im Gemeinderat.

Siehe Antrag 2.2!

Ein weiteres wichtiges wirtschaftliches Standbein ist der Tourismus.

Glaubenswege, Höhenwanderweg, Remstalradweg waren Projekte der letzten Jahre. Nun steht die Reaktivierung des Schießtalsees als Badesee an. Vielen Dank den Stadtwerken, dass daran nun mit Hochdruck gearbeitet wird.

Übernachtungsplätze für Wohnmobile und die Reaktivierung der Gastronomie auf dem Hornberg stehen im Fokus der Verwaltung. Weiter braucht es Perspektiven für die Infrastruktur in Degenfeld, die in den letzten 10 Jahren komplett weggebrochen ist.

Ursächlich hierfür war nicht nur, aber auch, der Abbau des Sesselliftes, mit dem Generationen von Gmünder\*innen aufs Kalte Feld gefahren sind. In Degenfeld sollten gemeinsam mit dem Ortschaftsrat und den Bürger\*innen Zukunftsperspektiven erarbeitet werden, die den Ort für Tourismus wieder erschließen helfen.

Was in der Stadt immer noch fehlt ist auch ein Jugend- und Familienhotel. Dies sollte in die konzeptionellen Überlegungen zum touristischen Angebot mit einbezogen werden.

## **Lebenswerte Stadt - Wohnen - Umwelt/Klimaschutz - Verkehr**

### Wohnen

Das Erstellen von bezahlbarem und attraktivem Wohnraum wird uns auch im Jahr 2021 begleiten. Im Dezember haben wir Eckdaten für bezahlbaren Wohnraum in Gmünd verabschiedet. Mit 33% Mietzins unter der ortsüblichen Vergleichsmiete und 15% der Fläche

des neu erstellten Wohnraums haben wir einen guten Schritt in die richtige Richtung gemacht. Nun muss es auch umgesetzt werden. Festgelegt wurde, dass die Maßnahmen nach zwei Jahren auf Wirksamkeit überprüft werden sollen.

Dennoch ist es wichtig, die Entwicklung im Blick zu halten, um gegebenenfalls weitere geeignete Maßnahmen ergreifen zu können und beantragen für Dezember 2021 einen Zwischenbericht über die dann aktuelle Situation auf dem Wohnungsmarkt und die Entwicklung des Angebots an bezahlbarem Wohnraum.

Antrag 2.3!

Die Weiterführung des Projektes "Gmünder Wohnraumoffensive - Raumteiler" begrüßen wir ausdrücklich. Hier konnte in den vergangenen drei Jahren Wohnraum für rund 300 Personen geschaffen werden. Diese Aktivität kommt sowohl den Vermietern als auch den Wohnungssuchenden zugute.

Herr Oberbürgermeister, meine Herren und Damen,  
im Sonderbericht "1,5 °C globale Erwärmung" des Weltklimarates IPCC werden gravierende Unterschiede zwischen einer Klimaerwärmung von 1,5 °C oder 2 °C aufgezeigt. Zum Beispiel die Verdoppelung von Extremereignissen, das Auftauen von Permafrostböden von der Fläche des Mittelmeers, eine Ausweitung extremer Armut um mehrere hundert Millionen Menschen bereits bis 2050.

Mehr als 20 % der vom Menschen verursachten Zunahme der Konzentration von Treibhausgasen stammt aus Emissionen der EU einschließlich Deutschlands (Global Carbon Project, Stand 2016).

Daraus ergibt sich eine besondere Verantwortung für die Bundesrepublik Deutschland zur Einhaltung der 1,5 °C Grenze. Auch Schwäbisch Gmünd muss seinen Beitrag leisten.

Für das Ziel, bis "2035 als Kommune weitgehend klimaneutral aufgestellt" zu sein, bedarf es noch großer Anstrengungen und wird eine Herausforderung. - Die es zu bewältigen gilt.

Was die SPD-Fraktion unter nachhaltiger Baupolitik versteht, haben wir in den letzten Jahren stets formuliert - dies gilt für uns auch weiterhin.

Dazu gehört das Bauen mit recyclingfähigen Materialien, dass eine energetische Eigenversorgung vorgegeben wird und dass der Flächenverbrauch auf ein absolut notwendiges Maß begrenzt wird. Dazu gehört auch ein breit gefächertes Angebot an unterschiedlichen Wohnformen, um eine Durchmischung der Bewohner in einzelnen Wohngebieten und das Zusammenleben von Jung und Alt zu erreichen.

Verehrte Kollegen und Kolleginnen,  
laut Prof. Sobek, Bauingenieur und Architekt ist das heutige Bauwesen für 60% des Ressourcenverbrauchs und für 60% des Müllaufkommens verantwortlich und Sobek betont, dass "die Art zu bauen grundlegend geändert werden muss".

Die SPD-Fraktion beantragt für 2021 die Umsetzung von klimaneutralen Wohnprojekten in Gmünder Baugebieten nach dem Triple-Zero-Prinzip von Prof. Sobek:  
NULL Energie - NULL Emissionen - NULL Abfall - bei Betrieb wie auch Bau und Abbruch im Lebenszyklus eines Gebäudes.

Zielvorgabe ist, umgehend 25% der zu bebauenden Flächen in Gmünd nach dem "Triple-Zero-Prinzip" umzusetzen und möglichst bis 2025 100% anzustreben.

Antrag 2.4!

Wir wissen, dass dies eine große Herausforderung sein wird, aber die fortschreitenden Klimaveränderungen zwingen zum Handeln.

Gehen wir diesen Schritt gemeinsam - Für eine intakte Umwelt - Für unsere Kinder.

Das Land Baden-Württemberg wird ab 2022 die Installation von Photovoltaik auf Nicht- Wohngebäuden verpflichtend vorschreiben.

Wir meinen, dass dies Vorgabe in der Stadt bereits ab 2021 umgesetzt werden sollte.

Daher beantragt die SPD-Fraktion:

Für Gewerbeneubauten wird die Nutzung von Photovoltaik und Solarenergie bereits ab 2021 zwingend vorgeschrieben. Beim Verkauf von Bauland zur Errichtung von Wohngebäuden an einen Investor wird die Nutzung von Photovoltaik und Solarenergie im städtebaulichen Vertrag festgeschrieben.

Auch in künftigen Neubaugebieten sollte die Vorgabe umgesetzt werden.

Antrag 2.5!

Darüber hinaus betrachten wir die **Nachverdichtung** als wichtiges Instrument, den Flächenverbrauch weiterhin zu begrenzen. Auch wenn wir wissen, dass in bestehenden Wohnbezirken der Bestandsschutz ein limitierender Faktor ist, bitten wir zu prüfen, unter welchen Bedingungen die Aufstockung von Gebäuden oder die Bebauung vorhandener Baulücken möglich wäre.

Ein weiteres wichtiges umweltpolitisches Thema ist die **Wärmeerzeugung** im privaten Wohnbereich. Hier braucht es Anreize und Förderprogramme, um den Austausch alter Heizungsanlagen zu beschleunigen. Die Stadtwerke haben bereits Angebote für die Kunden im Programm. Diese müssen mit Bundes- und Landesförderprogrammen kombiniert und intensiv beworben werden. Auch sollten die Stadtwerke ihre guten Konzepte und Ideen insgesamt intensiver bewerben. "Tue Gutes und rede darüber!"

Allerdings wird es im Bereich der Wärmeversorgung nicht reichen, allein auf das private Engagement der Bürger zu setzen. Daher sollte das Hauptaugenmerk auf den Ausbau kommunaler Wärme- und Kälteplanung gelegt werden.

Die SPD-Fraktion beantragt bis 2022 eine umfassende Nah- und Fernwärmeplanung sowie Kälteplanung mit Anschluss- und Benutzungszwang zu erarbeiten.

Die Umsetzung soll bis 2035 erfolgen.

Im Konzept der kommunalen Wärme- und Kälteplanung muss die Entwicklung gebäudeindividueller energetischer Sanierungsfahrpläne für alle Gebäude verankert werden. Der Sanierungsfahrplan muss eine Vor-Ort-Analyse des Gebäudes im Hinblick auf den baulichen Wärmeschutz und die Anlagentechnik für Heizung, Kühlung und Trinkwassererwärmung sowie das Solar-Potential umfassen.

Des Weiteren beantragen wir für alle künftigen Wohnbauprojekte, die durch Investoren erstellt werden, den Einsatz einer zentralen Wärmeversorgung für alle Wohneinheiten.

Antrag 2.6!

Herr Oberbürgermeister,

Klimaschutz und Klimaanpassung sind mit die größten Herausforderungen des 21.

Jahrhunderts. Aus unserer Sicht kann diese Herausforderung im Bau- und Umweltausschuss nicht ausreichend berücksichtigt werden. Auch entfaltet der von Ihnen eingerichtete Klimarat keine nachhaltige Wirkung und ist für die Diskussion zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen ungeeignet.

Daher beantragt die SPD-Fraktion die Einrichtung eines Klimateams (KA).

In Tübingen werden mit dem KA bereits gute Erfahrungen gemacht.

**Aufgaben des Ausschusses:**

- das Klimaschutzkonzept mit entwickeln
- spätere Fortschreibungen und
- die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes begleiten.

- Weiter soll ein Klimaanpassungskonzept entwickelt und begleitet werden, das bei allen künftigen Stadtentwicklungsmaßnahmen maßgeblich sein soll.

#### Antrag 1.2!

Unter der Überschrift "**Energieversorgung in Bürgerhand!**" wollen wir den Anteil der regionalen Energiegewinnung bis 2035 auf 100% steigern. Hierzu müssen die Stadtwerke den Anteil regional erzeugter Energien an ihrem Strommix kontinuierlich steigern.

Die Umsetzung soll mithilfe der **Bürger-Energiegenossenschaft** in Kooperation mit den Stadtwerken erfolgen.

Ziel ist die weitestgehende energetische Unabhängigkeit der Gemeinde durch eine regenerative und sozialgerechte Energiegewinnung, bei der die Wertschöpfung vor Ort bleibt.

#### Antrag 2.7!

### Verkehr

„...und mit den Schmiedgassen fangen wir an!“ – so soll das Konzept „lebenswerte Altstadt“ auf den Weg gebracht werden. Ein Baustein dazu ist die Entlastung von Verkehr.

#### **Die SPD-Fraktion beantragt , die Kappelgasse und die beiden Schmiedgassen weitgehend vom Bus- und Individualverkehr zu befreien.**

Das Ziel ist: Die Schmiedgassen sollen sich zum Wohn- und Aufenthaltsquartier mit Raum für Handel, Gastronomie und Dienstleister weiterentwickeln.

Die SPD-Fraktion hat sich mit einer Neukonzeption der Linienführung im Altstadtbereich auseinandergesetzt und stellt ihre Vorstellungen dazu in einem Antrag zur Diskussion. Herzstück unserer Überlegungen ist eine Umsteigemöglichkeit für den innenstadtnahen Busverkehr am Remsdeck.

Über Umsetzung und Durchführbarkeit müssen selbstverständlich ausführliche Gespräche mit den Busunternehmen und Verkehrsplanern stattfinden.

#### Siehe Antrag 2.8!

Herr Oberbürgermeister,

das größte zusammenhängende Gewerbegebiet Ostwürttembergs auf dem Gügling mit rund 3000 Arbeitsplätzen wird nur drei bis viermal täglich von Bussen angefahren.

Die Belegschaften sind also auf die Nutzung des privaten PKWs angewiesen. Es fehlt nicht nur an einer guten Taktung des Busverkehrs, sondern auch die Erschließung mit Bushaltestellen ist suboptimal.

Beispielsweise muss ein Schichtarbeiter der Firma Bosch nach der Beendigung seiner Schicht noch knapp 2 km zu Fuß laufen, um eine Bushaltestelle zu erreichen, von der aus dann wenigstens eine Weiterfahrt bis nach Gmünd möglich ist.

Die negativen Folgen auf das Klima, aufgrund schädlicher Emissionen und hohem Flächenverbrauch, sind allgemein bekannt.

Und dass ein moderner ÖPNV anders aussieht wissen wir auch. Nur das konsequente Handeln fehlt noch!

Die Anbindung der Güglingstrasse an die Ortsumgehung Bargau wurde schon mehrmals versprochen, aber immer wieder verschoben. Eine Durchfahrt nach Bargau in diesem Bereich würde einer besseren Bustaktung entgegenkommen, weil dann die Linie 1 Richtung Heubach komplett die Strecke durch das Gewerbegebiet fahren könnte. Auch eine Verbindung der Güglingstrasse mit der Lise-Meitner-Straße ist dringend nötig um eine bessere Bustaktung zu ermöglichen!

#### Antrag 2.9!

## ÖPNV

Allgemein wurde zum Thema ÖPNV viel diskutiert. Frau Tamm hat als Mobilitätsmanagerin bereits einige gute Ideen und umsetzungsfähige Projektvorschläge eingebracht.

Wir erwarten eine

- schnellstmögliche Umsetzung der bereits geplanten Mobilitätsstationen für den Umstieg vom Auto auf den ÖPNV und deren Ergänzung um weitere Angebote, wie z.B. Lastenräder
- die Umsetzung von Park & Ride Konzepten und
- die Einführung des 365-Euro-Tickets, dass der Landkreis schon seit 2019 auf der Tagesordnung hat

## Radverkehr

Für den Ausbau von Radwegen können im Sonderprogramm „Stadt und Land“ des Bundes in Kombination mit Landesförderung nach LGVFG Fördersätze bis zu 90% erreicht werden, wenn sie bis Ende 2021 eingereicht und bis 2023 umgesetzt werden.

Eine Förderung von bis zu 90% können wir uns als finanzschwache Kommune nicht entgehen lassen. Außerdem könnten durch einen raschen Radwegeausbau antizyklische Investitionen in die örtliche Wirtschaft, hauptsächlich finanziert aus Bundesmitteln, vorgenommen werden. - Dies sollte doch auch weniger radfahrraffine Mitglieder in Verwaltung und Gemeinderat überzeugen ;-).

Die SPD-Fraktion beantragt, ein ausführliches Radwegekonzept bis Herbst 2021 dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen und die Bewerbung der Stadt um Aufnahme in entsprechende Förderprogramme von Bund und Land bis Ende 2021.

Antrag 1.3!

## Südstadt

Die Südstadt klagt über einen zunehmenden Parksuchverkehr und eine Verdichtung durch "Fremd-Parker". Hierdurch ergeben sich in der Klarenberg- und Gutenbergstraße teils eklatante Situationen für die Verkehrsteilnehmer. Die Anwohner haben große Probleme tagsüber einen Parkplatz in annehmbarer Entfernung zur Wohnung zu bekommen.

Ganz konkret gibt es Probleme in der Klarenbergstraße (Einbahnstraßenabschnitt) sowohl mit Fremd-Parkern als auch mit dem Schwerlastverkehr und im Fußgängerbereich. Der Straßenabschnitt ist einfach zu eng für alle Verkehrsteilnehmer. Herr Oberbürgermeister, ein "Weiter so" kann es hier nicht geben. Die Lebensqualität der Südstadtbewohner wird in erheblichem Maß eingeschränkt.

Daher beantragt die SPD-Fraktion die Erarbeitung eines neuen Verkehrskonzepts für die Klarenberg- und die Gutenbergstraße. Im Verkehrskonzept sind sowohl Anliegen und Bedürfnisse der Bewohner, wie auch, die aller Verkehrsteilnehmer zu berücksichtigen.

Ideen einer Einbahnstraße in der Gutenbergstraße, einer Fahrradstraße in der Klarenbergstraße bis hin zu bewirtschafteten Parkplätzen oder auch der Errichtung eines Parkdecks durch ansässige Firmen, müssen gemeinsam mit den betroffenen Anwohner\*innen und auch Unternehmen erörtert und umgesetzt werden.

Siehe Antrag 2.10!

## **Verehrte Kolleg\*innen,**

anstehend ist auch noch die Entscheidung zum Ausbau der westlichen Buchstraße.

Für die Bürger\*innen der Oststadt ist der aktuelle Zustand der Straße eine Belastung. Mit dem Umbau würde das Mikroklima im Stadtteil durch weniger Abgase, durch mehr GRÜN

und eine geringere Lärmbelastung verbessert. Die Wasser- und Abwasserleitungen sind veraltet und sollten erneuert werden.

Wir haben PRO und CONTRA in der Fraktion diskutiert und sind zum Entschluss gekommen, dass wir für den Umbau der westlichen Buchstraße im Haushalt der Stadt ab 2021 ausreichend Finanzmittel beantragen und die Fördermittel abrufen wollen. Für Gesamtkosten von rund 4,2 Mio.€ liegt eine Förderzusage des Landes über rund 2,5 Mio.€ vor, so dass der Eigenanteil der Stadt bei 1,8 Mio.€ liegt.  
Wir stellen einen entsprechenden haushaltswirksamen Antrag 1.4!

### **Schulen und Kita**

Verehrte Herren und Damen,  
in den Bildungseinrichtungen haben die Belastungen des vergangenen Jahres allen Erzieherinnen und Erziehern, Lehrern und Lehrerinnen großen Einsatz abverlangt. Trotz der gesundheitlichen Risiken haben sie sowohl strukturelle als auch pädagogische Herausforderungen zum Wohle der jüngsten Bürger\*innen unserer Stadt gemeistert. Dafür möchte ich im Namen der SPD-Fraktion Respekt und ein großes Dankeschön aussprechen.

Wir hoffen, dass diese Risiken in den nächsten Wochen durch Impfangebote für Lehrpersonal und Testmöglichkeiten für alle deutlich reduziert werden können. Das sind wir als Solidargemeinschaft allen Betroffenen schuldig.

Die amtierende Landesregierung mit Ministerpräsident Kretschmann und Kultusministerin Eisenmann hat es versäumt, rechtzeitig für die Sicherheit in Kitas und Schulen zu sorgen. Hier wurde Zeit vergeudet.

In Gmünd wird die Betreuung der Kleinsten seit Jahren auf einem hohen Niveau organisiert. Seit rund 20 Jahren steigen die jährlichen Aufgaben und Ausgaben kontinuierlich an. Auch in 2021 werden für Ausbau und Renovierung 2,8 Mio.€ im Haushalt eingestellt. Insgesamt belaufen sich die Kosten für Betreuung auf rund 15 Mio.€ in 2021. Eine riesige Summe. Aber gut investiert.

Die frühkindliche Betreuung ist für individuelle Bildungschancen ein wichtiger Baustein. Darüber sind wir uns nach rund zwanzig Jahren kontroverser Diskussionen in diesem Gremium weitgehend einig. Nicht einig sind wir dagegen weiterhin in der Frage, der Beitragsfreiheit für die frühkindliche Bildung. Die Forderung, dass Bildung nichts kosten darf, bleibt sozialdemokratische Grundhaltung. Wir werden heute den Antrag von 2020 nicht erneut stellen, denn die städtischen Finanzen lassen hier keinen Spielraum. Für diese Aufgabe muss in der Landesregierung ein Umdenken stattfinden. Die Gmünder SPD-Fraktion steht weiterhin einhellig hinter der Forderung der Beitragsfreiheit und im neuen Landtag wird sich die SPD wieder stark dafür einsetzen, dass Bildungsgerechtigkeit nicht am Geldbeutel der Eltern scheitert.

Im letzten Jahr wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die eine Neuordnung von Betreuung in Kern- und Randzeiten sowie Fragen der Gebührenstaffelung gemeinsam mit Verwaltung und Eltern erörtern sollte. Seit Monaten gibt es dazu keine neuen Informationen. Daher beantragt die SPD-Fraktion einen Bericht aus der Arbeitsgruppe, spätestens im nächsten Sozialausschuss.

Antrag 2.11!

### **Schulen** - Digitalisierung - Modernisierung

Die Sanierung der Schulen wird in 2021 mit einem Investitionsvolumen von knapp 6 Mio.€ fortgeführt. Die großen Projekte sind die Erweiterung der Mozartschule und des Hans-

Baldung-Gymnasiums, wie auch die dringende Erneuerung des Schulpavillons der Eichenrainschule. Diese Investitionen begrüßen wir ausdrücklich.

Für digitale Investitionen stehen mit 270.000 € und weiteren rund 330.000 € insgesamt jährlich 0,6 Mio.€ für den Digitalpakt Schulen zur Verfügung. Keine kleine Summe, aber angesichts der großen Defizite im Breitbandausbau eher ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die 45 bis 50 Mbits-Netze an vielen Schulen sind mit den hohen Durchsatzanforderungen, wie sie im aktuellen Lockdown notwendig sind, überlastet, wie uns die Schulleiter in der Januar VA-Sitzung berichteten.

Daher bitten wir die Verwaltung die geplanten Investitionen allesamt ohne Abstriche im Jahr 2021 durchzuführen, damit hier für die Schulen kontinuierlich und möglichst ohne zeitliche Verzögerung eine Verbesserung der digitalen Infrastruktur erzielt werden kann.

Herr Oberbürgermeister,

im Lockdown, wenn sowohl Schule als auch Arbeiten daheim stattfindet, ist die räumliche Situation für viele Familien schwierig. Nicht alle Schüler\*innen finden daheim optimale Lernbedingungen vor. Hier könnte die Stadt unterstützen, da viele Räume im Lockdown leer stehen. Die SPD-Fraktion bittet zu prüfen, welche Räumlichkeiten und bei Bedarf auch Technik für individuelles Arbeiten von der Stadt zur Verfügung gestellt werden könnte. Die Informationen über Raumangebote sollten über die Schulen an die Schüler vermittelt werden.

In Gmünd bietet das Sozialunternehmen a.i.s.o., aktuell ein Projekt "Raumteiler für Kinder" an. Mitarbeiter der a.i.s.o. gehen zu den Familien nach Hause und schaffen durch Maßnahmen zur Unterteilung von Räumen - also durch "Raumteiler"-, kleine Räume für Rückzug, Lernen und Arbeiten für die Familienmitglieder. Ein klasse Projekt, das niederschwellig für Rückzugsmöglichkeiten in den Familien sorgt. Danke für das Engagement an das a.i.s.o.-Team.

## **Feuerwehr**

Auch in diesem Jahr möchten wir das Engagement der Mitglieder unserer freiwilligen Feuerwehr hervorheben und im Namen der gesamten SPD-Fraktion DANKE sagen. Dieses Engagement und Einsatz für unser aller Allgemeinwohl ist nicht selbstverständlich. Unzählige Stunden werden hier aufgebracht, unzählige Wochenendeinsätze und eine Vielzahl von nächtlichen Einsätzen prägen die Tätigkeit einer Feuerwehrfrau und eines Feuerwehrmannes.

Die weiterhin aus unserer Sicht unhaltbaren Zustände im Florian müssen endlich angegangen werden. Wir haben eine Feuerwehr die sich mit Herzblut für unsere Bürgerinnen und Bürger und für die gesamte Stadt einsetzt, genau deshalb fordern wir, dass wir als Gemeinderat es genauso tun. Der Florian muss befähigt werden, den immer weiter steigenden Herausforderungen gerecht zu werden. Nicht nur die technischen Voraussetzungen, sondern auch räumlichen Gegebenheiten, müssen verbessert werden. Das Ziel, den neuen Florian zur 200-Jahr-Feier in 2031 einweihen zu können, muss intensiv verfolgt werden. Das sind wir den Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehr schuldig.

Die SPD-Fraktion fordert die Einrichtung einer Projektgruppe, die sich das Ziel setzt, Pläne für die Ertüchtigung und/oder Neubau des Florian auszuarbeiten. Es müssen konkrete Meilensteine erarbeitet und definiert werden. Die notwendigen Finanzierungsmittel sind in den kommenden Jahren im Haushalt einzustellen.

Für 2021 wurden 350.000 Euro für den Florian eingesetzt - das ist ein Anfang.

Zu prüfen wäre auch die Besetzung der Projektgruppe mit externen Sachverständigen.

Antrag 2.12!

### Erinnerungskultur

Zur Erinnerungskultur steht für die SPD-Fraktion noch die Diskussion um die Umbenennung Franz-Konrad-Straße in Lina-Haag-Straße aus.

Die von der SPD-Fraktion initiierte wissenschaftliche Untersuchung zur Verwaltungsgeschichte der Stadt im Nationalsozialismus mit Schwerpunkt Franz Konrad liegt seit Ende 2020 vor. Wir bitten Sie, Herr Oberbürgermeister, diese Diskussion, sobald es die Corona-Lage zulässt, auf die Tagesordnung einer Präsenzsitzung des Gemeinderates zu setzen.

Dass unser Stadtarchivar, Herr Dr. Schnur, uns zum Ende des Monats verlassen wird, bedauern wir sehr. Ausdrücklich danken möchte ich mich heute nochmals für sein überaus großes Engagement, das er im Rahmen der Erinnerungskultur für die Stadt geleistet hat. Auch seine Recherchen über das jüdische Leben in Gmünd und zum Baudenkmal der mittelalterlichen Synagoge aus dem 13. Jahrhundert haben das Wissen über das christlich-jüdische Leben in unsere Stadt bereichert.

Die Feststellung von Herbert Prantl "Archive sind das Gedächtnis einer Gesellschaft - für Gutes und für Böses", ist für Dr. Schnur tägliche Herausforderung - er hat das historische Gedächtnis von Gmünd entstaubt und mit einer Digitalisierungsoffensive, für Interessierte in aller Welt online zugänglich gemacht.

Dafür sagen wir ihm herzlich DANKE und wünschen ihm für seine Zukunft beruflich und persönlich alles Gute, weiterhin viel Erfolg, Gesundheit und Zufriedenheit. Vielen Dank Herr Dr. Schnur für Ihre Arbeit.

### Innenstadtvertretung

Stadtteilarbeit fördert Begegnung, Gemeinschaft und Selbsthilfe vor Ort. Stärkt Demokratie und lädt zur verantwortlichen Mitarbeit am Gemeinwesen ein, indem Netzwerke der Bewohner\*innen und überörtlicher Akteure geschaffen werden und auch gesamtkommunales Denken und Handeln gefördert wird.

In den Teilorten ist die Stadtteilarbeit über lange Zeit gewachsen und über die Ortschaftsräte in die kommunalen Entscheidungsstrukturen eingebunden. Daher besteht eine gewisse Ungleichheit zwischen Stadtteilen und Innenstadtbezirken. Auch in den Innenstadtbezirken sollten die Bürger\*innen die Möglichkeit erhalten, quartiersbezogene kommunalpolitische Themen verstärkt mitgestalten zu können.

### Die SPD-Fraktion unterstützt den Antrag von Herrn Dr. Vatheuer,

"auch in der Kernstadt (Ost-, West-, Süd- und Innenstadt) Strukturen zu schaffen, die eine politische Teilhabe in den Kernstadtteilen - analog der Ortschaftsräte in den Teilorten - ermöglichen." (Auszug aus dem Antrag).

### Finanzen

Die Entwicklung des städtischen Haushalts ist im Jahr 2020 besser verlaufen, als zu Beginn des Jahres noch befürchtet. Die Verluste von 6 Mio. € bei Steuereinnahmen konnten durch Gewerbesteuer-Kompensationsmittel in gleicher Höhe ausgeglichen werden. Zusammen mit weiteren Zuschüssen konnten insgesamt 10,6 Mio. € kompensiert werden, so dass der Finanzmittelbedarf um rund 2,3 Mio.€ geringer als geplant ausfallen könnte. Die Änderung des Finanzierungsmittelbestandes liegt damit aber immer noch bei -12,3 Mio.€.

Wie das Jahr 2021 verlaufen wird, ist schwer kalkulierbar. Von Bund und Land ist einzufordern, dass coronabedingte Mindereinnahmen, wie auch Mehrausgaben weitestgehend ausgeglichen werden.

Die geplante Änderung des Finanzierungsmittelbestandes in 2021 beträgt -8,2 Mio. € plus Mehrausgaben, die sich noch aus den Haushaltsberatungen ergeben könnten. Der Bestand an liquiden Eigenmitteln würde sich zum Jahresende auf 14 Mio. € verringern.

Doch dieses Ergebnis können wir nur erreichen, indem wir erneut in die Schuldenaufnahme einsteigen. 30 Mio.€ geplante Kreditaufnahme!

Nur die Tatsache, dass das 2015 aufgelegte Schuldenabbauprogramm konsequent verfolgt wurde, versetzt uns nun in die Lage, die für 2021 geplanten Ausgaben zu schultern.

Ansonsten wäre der vorliegende Haushaltsentwurf sicher nicht genehmigungsfähig.

Das Ziel des NKHR, dass der Ressourcenverbrauch einer Generation auch durch diese Generation erwirtschaftet werden soll, werden wir verfehlen.

Aber welche Alternative gibt es? In den letzten 15 bis 20 Jahren wurden jährlich mindestens 25 Mio.€ in die Infrastruktur investiert. Trotzdem haben wir immer noch einen mächtigen Investitionsstau bei Bildungseinrichtungen, Digitalisierung, Verkehrsinfrastruktur und vielem mehr. Neue finanzielle Belastungen kommen hinzu.

Da die geplanten Ausgaben für Investitionen in Infrastruktur und zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes eingesetzt werden und somit als "gute Schulden" bezeichnet werden können. Werden wir dem vorgeschlagen Kreditvolumen zustimmen.

Betonen möchte ich aber, dass wir erwarten, dass Einnahmeverbesserungen in den nächsten Jahren dann konsequent wieder zum Schuldenabbau eingesetzt werden und ein neues Schuldenabbaukonzept auf den Weg gebracht werden wird.

Die Verwaltung hat für 2022 den letztjährigen Antrag der SPD aufgenommen und eine Hebesatzanpassung der Grundsteuer B von 430 auf 470 v.H. vorgeschlagen. Der Erhöhung werden wir zustimmen.

Herr Bantel, Herr Oberbürgermeister!

die Verabschiedung eines **Doppelhaushaltes** ab 2022 sehen wir kritisch. Es gibt sicher Vorteile, da die Haushaltseinbringung über einen längeren Zeitraum personell effizienter zu planen ist. Auch gibt es Argumente für eine höhere Planungssicherheit oder für eine schnellere Handlungsfähigkeit im zweiten Haushaltsjahr. Es liegt aber auch auf der Hand, dass insbesondere die Planung für das zweite Jahr mit höheren Unsicherheiten behaftet sein wird. In der aktuellen Wirtschaftslage ist die Haushaltsentwicklung nur schwer kalkulierbar und die Wahrscheinlichkeit zur Aufstellung eines Nachtragshaushalts steigt. Aufgrund der aktuellen Finanzsituation sollten wir die Entwicklung der nächsten zwei Jahre abwarten und dann nochmals über die Einführung eines Zweijahreshaushaltes diskutieren.

Sehr geehrter Herr Bantel, lieber Herr Ringel,

Sie haben mit dem Team der Kämmerei wieder eine Herkulesarbeit stemmen müssen und dabei die komplexen Zusammenhänge zur Erstellung und Planung des städtischen Haushalts für den Gemeinderat nachvollziehbar dargestellt. Mit Sachkompetenz und Freundlichkeit haben Sie Fragen zum Haushalt gern beantwortet.

Vielen herzlichen Dank dafür.

Für den neuen Finanzbürgermeister, Herrn Baron, waren die ersten zwei Monate bis zur Einbringung des Haushalts bestimmt sehr intensiv und mit großem Einarbeitungsdruck verbunden. Auch Ihnen möchten wir an dieser Stelle für Ihre Arbeit danken.

Nicht zuletzt bedanken wir uns auch bei Bürgermeister Mihm und Oberbürgermeister Arnold, wie dem ganzen Verwaltungsteam, denn letztendlich wird in der Haushaltsaufstellung die gesamte Verwaltungsarbeit komprimiert dargestellt und miteinander erarbeitet.

Ein herzliches DANKESCHÖN an alle Mitarbeiter der Verwaltung.

Zum Schluss möchte ich dem Gemeinderat und der Verwaltung noch bekannt geben, dass die SPD-Fraktion ihre Bereitschaft, der Stadt Baumspenden zu machen nun umsetzen wird. Am Mühlbergle werden zwei Bäume, die ersetzt werden müssen, von der SPD gespendet.

Zitat:

**"Wege entstehen dadurch, dass man sie geht." Franz Kafka**

Gehen wir mit Mut und Tatkraft die notwendigen Vorhaben an.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Anträge der SPD-Fraktion zum Haushalt 2021

## **1. Haushaltswirksame Anträge**

#### Antrag 1.1:

Der GD-Chip soll als Marketinginstrument wieder mehr Wirkung entfalten. Daher beantragt die SPD-Fraktion den Wert des GD-Chips auf einen Euro anzuheben.

Zu prüfen ist, wie die Finanzierung erfolgen kann. Grundsätzlich sollte es so geregelt sein, dass Einzelhandel und Gastronomie sowie die Stadt jeweils einen Anteil von 50 Cent je GD-Chip übernehmen. Hinzu kommen die Kosten für Herstellung und Ausgabe durch die Touristik & Marketinggesellschaft.

Da die finanzielle Situation des Einzelhandels im Jahr 2021 durch den Corona-Lockdown äußerst kritisch ist, beantragen wir darüber hinaus, dass für 2021 die Kosten für den GD-Chip von der Stadt zu 100% übernommen werden.

Wir bitten die Verwaltung um eine Kostenberechnung und die entsprechende Vorlage im Haushaltsausschuss.

#### Antrag 1.2:

Die SPD-Fraktion beantragt die Einrichtung eines Klimaausschusses (KA).

##### **Aufgaben des Ausschusses:**

- das Klimaschutzkonzept mit entwickeln
- spätere Fortschreibungen und
- die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes begleiten.
- Weiter soll ein Klimaanpassungskonzept entwickelt und begleitet werden, das bei allen künftigen Stadtentwicklungsmaßnahmen maßgeblich sein soll.

#### Antrag 1.3:

Für den Ausbau von Radwegen können im Sonderprogramm „Stadt und Land“ des Bundes in Kombination mit Landesförderung nach LGVFG Fördersätze bis zu 90% erreicht werden, wenn sie bis Ende 2021 eingereicht und bis 2023 umgesetzt werden.

Die SPD-Fraktion beantragt, ein ausführliches Radwegekonzept bis Herbst 2021 dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen und die Bewerbung der Stadt um Aufnahme in Förderprogramme von Bund und Land bis Ende 2021.

#### Antrag 1.4:

Die SPD-Fraktion beantragt, für den Umbau der westlichen Buchstraße im Haushalt der Stadt ab 2021 ausreichend Finanzmittel einzustellen und die zugesagten Fördermittel abzurufen.

Für Gesamtkosten von rund 4,2 Mio.€ liegt eine Förderzusage des Landes über rund 2,5 Mio.€ vor, so dass der Eigenanteil der Stadt bei 1,8 Mio.€ liegt.

Für die Bürger\*innen der Oststadt ist der aktuelle Zustand der Straße eine Belastung. Mit dem Umbau würde das Mikroklima im Stadtteil durch weniger Abgase, durch mehr GRÜN und eine geringere Lärmbelastung verbessert. Die Wasser- und Abwasserleitungen sind veraltet und sollten erneuert werden.

## 2. Nicht haushaltswirksame Anträge

### Antrag 2.1:

Die SPD-Fraktion fordert von der Stadt Schwäbisch Gmünd in Kooperation mit der Agentur für Arbeit eine Qualifizierungs- und Weiterbildungsinitiative für den Wirtschaftsstandort. Diese soll neben entsprechenden Beratungsangeboten, konkretere Maßnahmen definieren, um die Unternehmen und die Beschäftigten zu unterstützen. Ebenso fordern wir einen turnusmäßigen Austausch mit der Agentur für Arbeit im Gemeinderat. Dieser Austausch muss mindestens zwei Mal im Jahr im Rahmen einer Gemeinderatssitzung stattfinden.

### Antrag 2.2:

Die SPD-Fraktion beantragt, eine Information über Entwicklungen der digitalen Vernetzung auf kommunaler Ebene und aktuelle Projekte der Verwaltung durch den Geschäftsführer der T&M, auf die Tagesordnung des Gemeinderats zu setzen.

Die digitale Entwicklung schreitet unablässig voran. Die Möglichkeiten der digitalen Angebote beschränken sich längst nicht mehr ausschließlich auf "Online-Plattformen". Auch die Interaktion mit den Bürgern wird vielfältiger. Der Einsatz künstlicher Intelligenz schreitet voran. ...

Eine moderne Verwaltung muss die digitale Entwicklung im Blick behalten und sollte auch den Gemeinderates zu aktuellen Entwicklungen unterrichten. Wir freuen uns auf das Update und die Diskussion.

### Antrag 2.3:

Die SPD-Fraktion beantragt für Dezember 2021 einen Zwischenbericht über die dann aktuelle Situation auf dem Wohnungsmarkt und die Entwicklung des Angebots an bezahlbarem Wohnraum.

### Antrag 2.4:

Die SPD-Fraktion beantragt die Umsetzung klimaneutraler Wohnprojekte in geplanten Gmünder Baugebiete nach dem „Triple-Zero-Prinzip“ von Prof. Sobeck.

Zielvorgabe ist, umgehend 25% der zu bebauenden Flächen in Gmünd nach dem "Triple-Zero-Prinzip" umzusetzen und möglichst bis 2025 100% anzustreben.

Nach dem Triple-Zero-Prinzip werden folgende Voraussetzungen umgesetzt:

1. Zero Energy Building  
Das Gebäude benötigt im Jahresdurchschnitt NULL Energie aus externen Quellen. Die Gutschrift aus regenerativ erzeugter Energie, die am Gebäude oder auf dem unmittelbaren Grundstück erzeugt wird, ist mindestens so groß wie der Gesamtprimärenergiebedarf des Gebäudes für Heizen, Kühlen, Warmwasser, Hilfsstrom und Strom für alle typischen internen Anwendungen.
2. Zero Emission Building  
Das Gebäude produziert NULL Kohlendioxid-Emissionen. Bezugsgröße ist der Gesamtprimärenergiebedarf, der in Kohlendioxid-Emission umgerechnet wird. Auf dem Grundstück oder im Gebäude dürfen keine Verbrennungen stattfinden.
3. Zero Waste Building  
Das Gebäude hinterlässt bei Umbau oder Abbau NULL Abfall. Alle Bauteile können am Ende des Lebenszyklus vollständig, ohne jedwede zu verbrennende oder zu deponierende Anteile, recycelt werden. Das Grundstück kann ohne Altlasten oder sonstige verbliebene Rückstände renaturiert werden.

#### Antrag 2.5:

Das Land Baden-Württemberg wird ab 2022 die Installation von Photovoltaik auf Nicht-Wohngebäuden verpflichtend vorschreiben.

Wir meinen, dass diese Vorgabe in der Stadt bereits ab 2021 umgesetzt werden soll.

#### Die SPD-Fraktion beantragt:

Für Gewerbeneubauten wird die Nutzung von Photovoltaik und Solarenergie bereits ab 2021 zwingend vorgeschrieben.

Beim Verkauf von Bauland zur Errichtung von Wohngebäuden an einen Investor wird die Nutzung von Photovoltaik und Solarenergie im städtebaulichen Vertrag festgeschrieben.

Die Vorgabe sollte auch in künftigen Neubaugebieten umgesetzt werden.

#### Antrag 2.6:

Die SPD-Fraktion beantragt, bis 2022 eine umfassende Nah- und Fernwärmeplanung sowie Kälteplanung mit Anschluss- und Benutzungszwang zu erarbeiten.

Die Umsetzung soll bis 2035 erfolgen.

Im Konzept der kommunalen Wärme- und Kälteplanung muss die Entwicklung gebäudeindividueller energetischer Sanierungsfahrpläne für alle Gebäude verankert werden. Der Sanierungsfahrplan muss eine Vor-Ort-Analyse des Gebäudes im Hinblick auf den baulichen Wärmeschutz und die Anlagentechnik für Heizung, Kühlung und Trinkwassererwärmung sowie das Solar-Potential umfassen.

Des Weiteren beantragen wir für alle künftigen Wohnbauprojekte, die durch Investoren erstellt werden, den Einsatz einer zentralen Wärmeversorgung für alle Wohneinheiten.

#### Antrag 2.7:

##### **Energieversorgung in Bürgerhand!**

Die regionale Energiegewinnung soll bis 2035 auf 100% gesteigert werden.

Dazu gilt es die Stadtwerke zu verpflichten, den Anteil regional erzeugter Energien an ihrem Strommix kontinuierlich zu steigern.

Die Umsetzung soll mithilfe der **Bürger-Energiegenossenschaft** in Kooperation mit den Stadtwerken erfolgen.

Ziel ist die weitestgehende energetische Unabhängigkeit der Gemeinde durch eine regenerative und sozialgerechte Energiegewinnung, bei der die Wertschöpfung vor Ort bleibt.

#### Antrag 2.8:

##### **„...und mit den Schmiedgassen fangen wir an!“**

Die SPD-Fraktion beantragt, die Kappelgasse und die beiden Schmiedgassen komplett vom Bus- und weitgehend vom Individualverkehr zu befreien.

Ziel: Die Schmiedgassen sollen sich zum Wohn- und Aufenthaltsquartier mit Raum für Handel, Gastronomie und Dienstleister entwickeln.

Der Busverkehr in den Norden und Osten der Stadt und der Region soll vom Bahnhof kommend (mit derselben Linienführung auch wieder zurück) die Ledergasse durchfahren, dort Fahrgäste aufnehmen bzw. abgeben und direkt in die Remsstraße weiterfahren. Am Parkplatz ‚Remsdeck‘ soll ein kleiner Umsteigebahnhof entstehen. Dort können Besucher der Innenstadt (Schmiedgassen, City-Center, Kalter Markt, Modehaus Röther, etc.) ein- oder aussteigen. Dann Weiterfahrt in die Oststadt, auf den Hardt, nach Oberbettringen, Heubach, nach Hussenhofen, Herlikofen und nach Mutlangen. Und auch wieder zurück.

Für Fahrgäste nach Unterbettringen, Strassdorf, Waldstetten etc. soll vom Kalten Markt aus ein Shuttle-Service eingerichtet werden, der die Fahrgäste zur Waldstetter Brücke zur Weiterfahrt bringt.

Diese „Linienführung“ ist offen für Kritik und Anregungen im Detail. Eine mögliche Planung soll eingebracht werden in die Gespräche mit Busbetreibern, mit Stadtplanern und den Vertretern des Konzepts „Lebenswerte Innenstadt“.

#### Antrag 2.9:

Die Anbindung des größten Gewerbegebiets Ostwürttembergs auf dem Gügling wird nur drei bis viermal täglich von Bussen angefahren.

Beispielsweise ist eine Bushaltestelle, die die Weiterfahrt nach Gmünd ermöglichen würde rund 2 km von der Firma Bosch entfernt. Insgesamt ist die Erschließung mit Bushaltestellen als suboptimal zu bezeichnen.

Zur Verbesserung der ÖPNV-Situation muss die Güglingstraße an die Ortsumgehung Bargau angeschlossen werden. Dann könnte die Linie 1 Richtung Heubach komplett durch das Gewerbegebiet fahren und eine bessere Bustaktung bewirken. Auch durch die Verbindung der Güglingstraße mit der Lise-Meitner-Straße könnte eine bessere Bustaktung erreicht werden.

Wir beantragen, die entsprechenden Baumaßnahmen zeitnah umzusetzen.

#### Antrag 2.10:

Die SPD-Fraktion beantragt die Erarbeitung eines neuen Verkehrskonzepts für die Klarenberg- und Gutenbergstraße.

In Verkehrskonzept sind sowohl Anliegen und Bedürfnisse der Bewohner wie auch, die aller Verkehrsteilnehmer zu berücksichtigen.

Ideen einer Einbahnstraße in der Gutenbergstraße, einer Fahrradstraße in der Klarenbergstraße bis hin zu bewirtschafteten Parkplätzen oder auch der Errichtung eines Parkdecks durch ansässige Firmen, müssen gemeinsam mit den betroffenen Anwohner\*innen und auch Unternehmen erörtert und umgesetzt werden.

#### Antrag 2.11:

Die SPD-Fraktion beantragt für den nächsten Sozialausschuss einen Bericht der Kita-Arbeitsgruppe zu den Themen

- Neuorganisation der Betreuungsmöglichkeiten in Kern- und Randzeiten sowie
- Fragen zur Gebührenstaffelung, etc.

Die Arbeitsgruppe wurde eingesetzt, um die Themen gemeinsam mit Eltern, Verwaltung und Stadträten zu bearbeiten.

#### Antrag 2.12:

Die SPD-Fraktion fordert die Einrichtung einer Projektgruppe, die sich das Ziel setzt, die Ertüchtigung und/oder Neubau des Florian auszuarbeiten. Es müssen konkrete Meilensteine erarbeitet und definiert werden. Die notwendigen Finanzierungsmittel sind in den kommenden Jahren entsprechend im Haushalt einzustellen.

Wir halten die Besetzung der Projektgruppe auch mit externen Sachverständigen für notwendig.